

Presse-Information

Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Obenmarspforten 21, 50667 Köln
E-Mail: presseamt@stadt-koeln.de
Telefax +49 (0) 221 / 221-26486
Redaktionsbüro +49 (0) 221 / 221-26456

Alexander Vogel (av) 221-26487
Pressesprecher
Inge Schürmann (is) 221-26489
stv. Pressesprecherin
Lars Hering (lh) 221-22144
Jürgen Müllenber (jm) 221-26488
Katja Reuter (reu) 221-31155
Nicole Trum (nit) 221-26785
Simone Winkelhog (sw) 221-25942
Sabine Wotzlaw (wot) 221-25399

05.11.2019

Bilanz-Pressekonferenz des Verwaltungsvorstands 2019

Der Verwaltungsvorstand und die Oberbürgermeisterin haben in der Jahresauftakts-PK verschiedene Ziele für das Jahr 2019 formuliert. Diese Zielvorgaben (blaue Überschriften) und den jeweiligen Sachstand dazu (Stand Mitte Oktober) finden Sie im Folgenden, aufgeteilt in 69 Punkten.

Wir arbeiten für Bildungschancen, Kinder- und Familienfreundlichkeit

Kita- und Schulplätze

1. **Inbetriebnahme 15 neuer Kitas, 922 neuer Kita-Plätze und Betreuungsquote von 41 Prozent im U3 und rund 96 Prozent im Ü3 Bereich**
Im Kindergartenjahr 2018/2019 sind elf neue Kitas in Betrieb genommen worden. Insgesamt hat die Stadt damit 662 neue Plätze geschaffen. Damit lag die Betreuungsquote zum Ende des Kindergartenjahres bei 42 Prozent im U3-Bereich und bei 95 Prozent im Ü3-Bereich. Insgesamt wurden in Köln 45.953 Kinder betreut. Das Ziel von 15 neuen Kitas konnte nicht erreicht werden, da es in den nicht realisierten Fällen bauliche Verzögerungen und mietvertragliche Probleme gegeben hat.
2. **Versorgung von 30.500 Kindern im offenen Ganztags, Versorgungsquote von 79 Prozent**
Im aktuellen Schuljahr konnten durch die Schulverwaltung bisher 30.260 Plätze belegt werden, was einer Versorgungsquote von rund 78 Prozent entspricht. Die Prognose der Schulverwaltung vom Mai dieses Jahres geht bis zum Schuljahresende 2019/2020 von mehr als 31.000 Plätzen im offenen Ganztags und damit einer Versorgungsquote von 80 Prozent aus. Im Schuljahr 2018/2019 waren rund 29.700 Plätze belegt. Dies entsprach einer Versorgungsquote von rund 78 Prozent.

3. Abschluss von 11 Schulbauprojekten in 2019, u.a. Großprojekte wie der Neubau der Gesamtschule Nippes, Ossietzkystraße, der Neubau von Grundschule und Turnhalle in Volkshoven/Weiler und eine Reihe von Erweiterungsbauten in mehreren Stadtteilen

Bisher konnten fünf Projekte komplett fertiggestellt werden: Der Erweiterungsbau inkl. Kammermusiksaal des Humboldt-Gymnasiums, die Erweiterung für den Ganztag der Grundschule Leuchterstraße, der Erweiterungsbau des Albertus-Magnus-Gymnasiums, die Generalsanierung des Interimsgebäudes Overbeckstraße für die Helios-Gesamtschule und die Gymnastikhalle der Gesamtschule Frankstraße. Zwei Vorhaben (Erweiterungsbau und Naturwissenschaftsräume des Genoveva-Gymnasiums und der Neubau sowie die 3-fach Turnhalle der Gesamtschule Ossietzkystraße) konnten bis auf wenige verbleibende Arbeiten, fertiggestellt werden. Drei Projekte (die Teilsanierung plus Turnhalle des Berufskollegs Perlengraben, der Erweiterungsbau für den Ganztag der Theodor-Heuss-Realschule und der Neubau der Anna-Langohr-Grundschule plus Turnhalle in Volkshoven/Weiler) verzögern sich um einige Monate. Sie werden voraussichtlich im ersten und zweiten Quartal 2020 abgeschlossen. Die Gründe lagen bei Verzögerungen im Bauablauf durch nicht vorhersehbare Abstimmungen, Probleme mit ausführenden Firmen und in einem Fall durch einen Wasserschaden nach einem Rohrbruch. Bei dem elften Projekt handelt es sich um die Bildungslandschaft Altstadt-Nord (siehe Punkt 4).

Trotz Niedrigzinspolitik, Fachkräftemangel, Vergabehemmnissen und äußerst angespannter Marktlage im Bausektor forciert die Stadtverwaltung den Schulbau in Köln weiter. Um dem Sanierungsstau entgegenzuwirken, stellt die städtische Gebäudewirtschaft in ihrem aktuellen Wirtschaftsplan 2019 allein im Bereich „Neubau, Erweiterungsbau und Generalinstandsetzung“ 176,3 Millionen Euro für Großbauprojekte im Schulbau bereit. Dies ist verglichen zum bereits verdreifachten Budget von 2018 – mit 168,2 Millionen Euro – eine nochmalige Erhöhung um 8,1 Millionen Euro. Im investiven Neubaubereich befinden sich aktuell 61 Schul-Großbauprojekte in der Planung oder im Bau.

Parallel dazu sind in diesem Jahr zusätzliche 56,5 Millionen Euro für die laufende Instandsetzung und Instandhaltung an den 277 Schulstandorten für 261 städtische Schulen vorgesehen. Davon fließen im Durchschnitt jährlich rund 2,75 Millionen Euro allein in die Instandsetzung und Sanierung von Toilettenanlagen.

4. Inbetriebnahme mehrerer Objekte der Bildungslandschaft Altstadt-Nord, darunter die Grundschule, die Realschule und die Kindertagesstätte.

Die Fertigstellung und Übergabe an die Schulverwaltung erfolgt in mehreren Schritten: Die Grundschule und die Kindertagesstätte können nach Baufertigstellung noch im IV. Quartal an die Schulverwaltung übergeben werden. Für die Realschule und das Studienhaus ist die Fertigstellung ebenfalls bis Ende 2019 vorgesehen. Das Mensa- und Ateliergebäude wird voraussichtlich im I. Quartal des nächsten Jahres (also 2020) der Schulverwaltung zur Verfügung gestellt werden können. Das Pilotprojekt „Bildungslandschaft Altstadt-Nord“ umfasst insgesamt sieben Gebäude, die neu errichtet, erweitert oder saniert werden, unter anderem das Hansa-Gymnasium, eine Grundschule, eine Kindertagesstätte und der Neubau eines Bibliotheks- und Studienhauses.

5. Baubeginn der Heliosschule in Ehrenfeld im dritten Quartal 2019

Der Rohbauauftrag für die Heliosschule ist vergeben. Mit dem Baubeginn ist witterungsbedingt nunmehr im ersten Quartal 2020 zu rechnen. Derzeit wird geprüft, ob bestimmte Arbeiten vorgezogen werden können und es eventuell noch im Dezember 2019 einen ersten Spatenstich geben kann. Die Heliosschule am Standort in Ehrenfeld wird eine „Inklusive Universitätsschule der Stadt Köln“. Dort besteht

künftig die Möglichkeit, nach der Grundschulzeit die weiterführende Sekundarstufe bis zum Abitur zu besuchen. Als Ausbildungsschule in der Lehramtsausbildung mit inklusivem Schwerpunkt für alle Lehrämter sollen Primar- und Sekundarstufe an diesem Ort außerdem die schulische und außerschulische Bildung und den Stadtteil unter dem Gesichtspunkt der Inklusion miteinander verbinden.

6. Vergabe von sechs Schulstandorten an Totalunternehmer

In 2019 wurden die Aufträge zur Realisierung von sechs Schulstandorten an Totalunternehmer vergeben, dies sind: Gymnasium Palmstraße, Gesamtschule Severinswall, Gymnasium Zusestraße, Gymnasium Unter Linden/Neue Sandkaul, Grundschule Siegburger Straße und Erweiterung Förderschule Auf dem Sandberg.

In einem Maßnahmenpaket Schulbau in Zusammenarbeit mit General- und Totalunternehmern werden 16 Neubauten, Erweiterungen oder Generalsanierungen an 11 Schulstandorten bis zum Jahr 2022 fertiggestellt werden. Der prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der 16 Maßnahmen liegt zwischen 480 und 520 Millionen Euro. Mit den Projekten werden mehr als 7171 Schulplätze neu geschaffen oder gesichert.

7. Vergabe des Projektes Leybergstraße in Sülz im ersten Quartal 2019, Baubeginn Mitte 2019

Das Hildegard-von-Bingen-Gymnasium in Sülz wird durch ein zusätzliches Gebäude mit integrierter Dreifachturnhalle erweitert. Die Beauftragung des Generalunternehmers erfolgte im März, Baubeginn war bereits im April 2019. Die Arbeiten liegen im Zeitplan.

8. Baubeginn Grundschule Sürther Feld im Sommer 2019

Der Auftrag an den Generalunternehmer erfolgte im August. Mit dem Bau wird in Kürze begonnen.

9. Ausschreibung für drei Vorhaben mit Generalunternehmern bis Mitte 2019

In 2019 konnten bisher fünf Bauvorhaben ausgeschrieben und auch schon vergeben werden: Grundschule Sürther Feld, Interimsstandort Alte Wallgasse, Realschule Severinswall, Interimsstandort Escher Straße und Interimsstandort Niehler Kirchweg. Im IV. Quartal 2019 können noch für weitere sechs Vorhaben die Generalunternehmer-Ausschreibungen erfolgen.

10. Schulbauprogramm soll 2019 dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden

Im Februar 2019 hatte der Rat die Liste „Priorisierende Schulbaumaßnahmen“ mit 217 Schulbaumaßnahmen beschlossen. Die Stadt hat diese Liste in den vergangenen Monaten fortgeschrieben und wird sie dem Rat zu einer der nächsten Sitzungen vorlegen. In dieser Prioritätenliste werden die anstehenden Schulbaumaßnahmen nach Dringlichkeit eingetragen und laufend fortgeschrieben. Die Schulbauliste berücksichtigt dabei die aktuelle Schulentwicklungsplanung, derzeit insbesondere auch im Hinblick auf die Rückkehr der Gymnasien zu G9 bis zum Schuljahr 2023/2024.

11. Aufsetzen eines beschleunigten Schulbauprogrammes (Verabschiedung eines Baubeschlusses für eine ganze Liste von Schulbaumaßnahmen)

Für das neue Schulbauprogramm wurden die im Februar 2019 beauftragten Schulbaumaßnahmen zunächst in acht Kategorien nach Dringlichkeit eingestuft. Aktuell werden diese in zwei Schritten nach Projektarten gebündelt, um Synergien und damit eine effiziente Abarbeitung zu erzielen. Um den Schulbau noch weiter zu beschleunigen, prüft die Stadt bereits seit 2018 intensiv zusätzliche Beschaffungsprogramme und alternative Bauarten, wie beispielsweise Holz.

12. Ausbau Digitalisierung in Bildungseinrichtungen, Anbindung aller Schulen im Kölner Stadtgebiet an das Glasfasernetz

Alle Kölner Schulgebäude sind mit einem eigenen Glasfaserkabel, das eine Datengeschwindigkeit bis zu 1GB/s ermöglicht, an das Netz der NetCologne angeschlossen .

Vor einer Nutzung ist eine Anpassung der technischen Infrastruktur in den Gebäuden notwendig (kleinere Verkabelungsarbeiten und der Austausch von Netzwerkkomponenten).

Sukzessive werden die Kölner Schulen, zunächst die weiterführenden, mit 1 GB/s Bandbreite versorgt.

Grundsätzlich wird bereits heute allen Kölner Schulen eine bedarfsgerechte Bandbreite von bis zu 500 MB/s. bereitgestellt. Das Nutzungsverhalten der Schulen wird durch den Serviceprovider NetCologne regelmäßig überwacht und ausgewertet.

2019 steht Kinderfreundlichkeit im Mittelpunkt

13. Kinderfreundliche Kommune und Eröffnung Kinder- und Jugendbüro im Herzen der Stadt, Aktionsplan Kinder- und jugendfreundliches Köln

Unter der Federführung des Amts für Kinder, Jugend und Familie in Kooperation mit Trägern der freien Jugendhilfe wurde eine breit angelegte Kampagne durchgeführt, um stadtweit über die UN-Kinderrechtskonvention zu informieren. Im Mai startete die Kampagne mit vier Motiven und einem Kinospot, die über verschiedene Medien in der Stadt ausgespielt wurden. Die entsprechenden Plakate wurden partizipativ mit Kindern und Jugendlichen der Jugendeinrichtung Luckys Haus, SKM Köln, in einem Workshop erarbeitet und allen städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kitas und Schulen ausgehändigt. Auf der städtischen Internetseite unter dem Link kinderrechte.koeln können sich Bürgerinnen und Bürger über die Kinderrechte, die Geschichte der UN-Kinderrechtskonvention sowie die Kampagne informieren. Ein interaktiver Veranstaltungskalender unter www.bildung.koeln.de/Kinderrechte, in dem alle Träger der freien Jugendhilfe die Möglichkeit erhielten, Veranstaltungen und Aktionen zum Thema „Kinderrechte“ zu veröffentlichen, ergänzte das Angebot. Das JfC-Medienzentrum richtete in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie einen Instagram-Kanal zum Thema „30 Jahre Kinderrechte in Köln“ ein.

Im März eröffnete das Kooperative Kinder- und Jugendbüro am Alter Markt. Jugendliche, vertreten durch den Kölner Jugendring e.V. sowie die Bezirksschülervertretung Köln arbeiten dort als wertvolle Multiplikatoren mit der Stadtverwaltung zusammen. So nutzen die Mitglieder der Bezirksschülervertretung die Räumlichkeiten des Kinder- und Jugendbüros regelmäßig als Treffpunkt. Zum Weltkindertag im September sowie während des Gipfels Kinderfreundlicher Kommunen im Oktober konnten sich Kinder und Jugendliche dort zum Thema Kinderrechte und Kinderfreundliche Stadt informieren. Außerdem wurden die Räume am Alter Markt u. a. für Aktionstage zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit sowie zum Thema Fahrrad fahren genutzt.

Zu dem in 2017 beschlossenen „Aktionsplan Kinder- und jugendfreundliches Köln“ hat die Jugendverwaltung im September 2019 einen Zwischenbericht vorgelegt, der u. a. die Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Anerkennung und Umsetzung der UN- Kinderrechtskonventionen in Köln beinhaltet. Vorrangig ist das Ziel, dieses Thema über alle Dezernate hinweg und als Querschnittsaufgabe in allen Verwaltungsbereichen, in denen Belange von Kindern und Jugendlichen eine Rolle spielen, zu verankern.

14. Ausrichtung Internationaler Gipfel Kinderfreundlicher Kommunen 2019 mit rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 40 Ländern.

Auf Einladung der Stadt Köln und UNICEF brachte der Kölner Gipfel erstmalig über 550 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Fachleute sowie Kinder und Jugendliche aus Städten und Gemeinden aus mehr als 60 Ländern zusammen, um Maßnahmen zur Stärkung der Kinderrechte auf lokaler Ebene zu verabreden.

Mehr als 100 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus über 40 Ländern haben eine Erklärung für mehr Kinderfreundlichkeit verabschiedet. Ziel ist es, das Aufwachsen und die Entwicklungsmöglichkeiten von Mädchen und Jungen in urbanen Lebensräumen zu verbessern und die Umsetzung der Kinderrechte auf lokaler Ebene voranzubringen. Zum Abschluss des Gipfels präsentierten außerdem die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen ihre Forderungen in einem Manifest unter dem Namen „Our cities. Our lives. Our future“. Das Manifest beinhaltet Eckpunkte, um die Kinderrechte zum Maßstab kommunaler Politik zu machen.

Entwicklung Kreuzfeld

15. Vorlage der Fachgutachten und Vorstellung des Projektes für die Öffentlichkeit

Der Leitbildprozess als erster Verfahrensschritt für die Entwicklung des neuen Stadtteils wurde mit externer Unterstützung von Januar bis Oktober 2019 umgesetzt. Als letzter Meilenstein in diesem Prozess fand im September 2019 ein öffentliches Forum statt. Für die Sitzung des Rates im Dezember 2019 will die Verwaltung ein Ergebnispapier vorlegen. Die weiteren Schritte sind: ab Januar 2020 das städtebauliches Qualifizierungsverfahren, die Erstellung eines Masterplans für Kreuzfeld ab 2021 und der Start der formellen Bauleitplanung zur Schaffung von Baurecht dann ab 2022/2023.

Wir arbeiten für eine moderne Mobilität in einer umwelt- und klimagerechten Stadt

Köln steht wie andere Großstädte vor der Herausforderung, Mobilität und den Weg zum Umweltverbund im Einklang mit den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und vielen Pendlern klimagerecht zu gestalten. Das Jahr 2019 war diesbezüglich geprägt von den vielen konkreten Maßnahmen zur Luftreinhaltung (z.B. Erweiterung Umweltzone, LKW-Transitverbot, Modernisierung von Verkehrsmanagementsystem und vielen weiteren Maßnahmen).

Mobilitätswende vorantreiben

16. Weitere Umsetzung des Radverkehrskonzeptes Innenstadt

In den vergangenen Monaten konnten weitere Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes Innenstadt umgesetzt werden. So wurde im Februar der umfangreiche Umbau des Verkehrsknotenpunkt Sachsenring/ Ulrichgasse/ Ulrepforte abgeschlossen. Dadurch sind insbesondere die Wege für die Radfahrer breiter, sicherer und komfortabler.

Im Mai wurde mit der Fertigstellung der Fahrradstraße am Friesenwall der Auftakt für die geplante Fahrradstraßenachse auf den Kölner Wällen geschaffen.

Nach vorangegangenen intensiven Abstimmungsprozessen verschiedener Beteiligter beschloss der Verkehrsausschuss im Juli die „Umsetzung Maßnahmenpaket „Ring Frei!“. Im September folgten die Beschlüsse für die Radfahrstreifen Christoph- und Magnusstraße.

17. Fertigstellung und Verabschiedung des Radverkehrskonzeptes Ehrenfeld

Das beauftragte Planungsbüro hat einen ersten Entwurf für das Fahrradstraßenkonzept erarbeitet. Dieses Konzept und andere Aspekte zum Thema Radverkehr in Ehrenfeld wurden im Rahmen eines Facharbeitskreises in Arbeitsgruppen schwerpunktmäßig bearbeitet und diskutiert. Erstmals wurde im Zusammenhang mit der Bearbeitung eines Radverkehrskonzeptes eine Schülerbefragung an vier

weiterführenden Schulen in Ehrenfeld durchgeführt. Als eine der ersten Maßnahmen, die aus diesen Schülerbefragung hervorgingen, nimmt die Stadt Köln nächstes Jahr an der Verkehrssicherheitskampagne der AGFS „Liebe braucht Abstand“ für den Stadtbezirk Ehrenfeld teil.

Mit einer endgültigen Fertigstellung des Konzepts ist Anfang 2020 zu rechnen. Dem voraus geht noch ein Facharbeitskreistreffen und die 2. Bürgerinformation, die für Februar 2020 vorgesehen ist. Das Radverkehrskonzept soll noch im 1. Quartal 2020 in die politische Beratung eingebracht werden.

18. Entwicklung eines Konzeptes für ein stadtweites Hauptroutennetz, das auch mögliche Radschnellwege umfasst

Der erste politische Informationsabend fand am 1. April 2019 statt. Die vorgeschlagene Route von Verwaltung, Politik und Verbänden wurde im Sommer 2019 befahren und die einzelnen Trassen in den jeweiligen Korridoren werden nun bewertet, um für jeden Korridor eine Vorzugstrasse zu ermitteln. Die Ergebnisse der Befahrung und Bewertung sollen noch im laufenden Jahr vorgestellt werden.

19. Rad-Pendler-Routen

Rechtsrheinisch: Die politische Beschlussvorlage zur Machbarkeitsstudie durchlief alle betroffenen Bezirksvertretungen und die Vorlage wurde am 18. Juni im Verkehrsausschuss geändert beschlossen. Der nächste Schritt ist der Abschluss einer neuen Kooperationsvereinbarung zur detaillierten Betrachtung der Vorzugstrassen.

Gemäß des politischen Beschlusses soll die bestehende regionale Zusammenarbeit fortgeführt werden. Erste Arbeitssitzungen haben bereits stattgefunden. Derzeit wird die Kooperationsvereinbarung zwischen den beteiligten Kommunen für die weitere Zusammenarbeit abgestimmt. Für die einzelnen Trassen werden von den zuständigen Baulastträgern die nächsten Planungsschritte vorbereitet.

Radschnellweg Köln-Frechen: Der erweiterte Planungsbeschluss ist im September in die politischen Gremien eingebracht worden. Ziel ist die Beschlussfassung des Rates Ende des Jahres.

20. Unterzeichnung einer Planungsvereinbarung zwischen DB, Land NRW und NVR zur Realisierung der so genannten Westspange (Erweiterung Eisenbahnring um eine S-Bahntrasse „Hansaring – Köln-Süd“)

Bei der „3. Bahnknoten-Konferenz Planungsvereinbarungen für Bau der Westspange“ schafften die Projektpartner von Land, NVR, DB und Stadt am 11. Februar 2019 mit ihrer Planungsvereinbarung die Voraussetzungen für den Ausbau des Bahnknotens Köln. Neben dem Ausbau der sogenannten Kölner Westspange wurde der Ausbau der S11 und des Kölner Hauptbahnhofs, als auch der Ausbau der Eifelstrecke mit einem Gesamtfinanzvolumen von über 100 Millionen Euro besiegt. Finanziert werden sie durch das Land und den NVR. Die Planungsvereinbarung ist ein wichtiger Schritt, um die Infrastruktur am Bahnknoten Köln zukunftsgerecht aufzustellen.

21. Ausbau der Ost-West-Achse

Der Bedarfseinstellungs- und Planungsbeschluss für die Ost-West-Achse ist eingeholt. Die Ausschreibungsunterlagen der technischen und juristischen Beratung werden aktuell finalisiert, so dass die Vergabe dieser Leistungen wie geplant in diesem Jahr vorgenommen werden kann. Aufgabe der Berater wird sein, die Vergabe der Generalunternehmerleistungen vorzubereiten und die Verwaltung bei der Durchführung sowohl juristisch als auch technisch zu unterstützen. Die Verga-

be der Generalplanerleistung soll dann in 2020 erfolgen.

22. Weiterverfolgung Stadtbahnlanbindung Rondorf/Meschenich, Mülheim Süd, Verlängerung Stadtbahnlinie 7

Rondorf/Meschenich: Derzeit läuft die europaweite Ausschreibung zur Beauftragung eines Generalplaners. Es wird erwartet, dass im Frühjahr 2020 mit der detaillierten Planung des Trassenverlaufes begonnen werden kann.

Mülheim: Der Auftrag wird im vierten Quartal vergeben und anschließend mit der Planung begonnen. Die Spange Stammheim/Flittard ist noch nicht in Planung. Die weitere Planung der Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 steht in direkter Abhängigkeit zur weiteren Bebauungsplan-Entwicklung in Zündorf und zum Bau einer Umgehungsstraße (für welche die Machbarkeitsstudie kurz vor dem Abschluss steht).

23. Erweiterung des ÖPNV-Angebots auf besonders ausgelasteten Stadtbahnlinien

Interimsweise wurden zur Entlastung der Stadtbahnlinie 1 die Buslinien 171 (neu), Expressbuslinien 172 und 173 (neu) und Veränderungen auf der Linie 142 auf den Weg gebracht. Diese gehen mit dem Fahrplanwechsel am 15. Dezember in Betrieb.

24. Neue dauerhafte Linien, die zum Fahrplanwechsel (12/19) in Betrieb gehen (z.B. zur Erschließung des Neubaugebietes Güterbahnhof Ehrenfeld sowie bessere Anbindung des Deutzer Hafens)

Die Verlängerung der Linie 139 wurde mit Beginn des neuen Schuljahrs am 28. August 2019 verlängert, zur Erschließung des Neubaugebietes Güterbahnhof Ehrenfeld, des Gewerbegebiets TRIOTOP/Girlitzweg und der Gesamtschule Wasersamsweg.

Die Maßnahmen zur Anbindung des Deutzer Hafens werden konkretisiert, wenn die Bebauung dort vorangeschritten ist. Die Buslinien 130, 131, 132, 135, 154 werden zum Fahrplanwechsel verdichtet bzw. verlängert.

25. Schaffung neuer Mobilstationen

Im Severinsviertel wurden 2 Mobilstationen im Quartier geschaffen. Angeboten wird Bikesharing, inklusive eines Lastenrades und Carsharing, direkt im Wohnumfeld. Die Eröffnungen fanden im Februar (Josephstraße) und April (Severinswall) statt.

Die Ausweisung von etwa 10 weiteren Mobilstationen ist in Planung. Die Ausschreibung erfolgt voraussichtlich noch 2019. Es handelt sich dabei vor allem um Haltestellen, die nach dem Mobilstationskonzept des NVR bereits heute die Mindestanforderungen an eine Mobilstation erfüllen. In den nächsten Jahren werden kontinuierlich weitere Mobilstationen geplant und eingerichtet, wodurch die Verknüpfung der Mobilitätsangebote weiter vorangetrieben wird.

Die Stadt Köln, die Deutsche Bahn und der Nahverkehr Rheinland haben im September eine umfangreiche „Smart City“-Partnerschaft vereinbart. Konkret geplant sind u.a. Mobilstationen als attraktive Umsteige- und Serviceorte mit vielfältigen Sharing-Angeboten, Fahrrad- und E-Scooter-Abstellplätze.

26. Einrichtung der Verkehrs und Tunnelleitzentrale im Stadthaus Deutz (inkl. Inbetriebnahme neuer Verkehrsrechner)

Die politischen Beschlüsse für diese rund 1,8 Millionen schwere Investition sind im September 2019 gefasst worden. Sie kombiniert Tunnel- und Verkehrsleitzentrale und soll künftig das Verkehrsgeschehen in Köln rund um die Uhr beobachten, koordinieren, Störungen zeitnah beheben und dadurch Verkehrsfluss und -sicherheit insgesamt verbessern.

Die Beauftragung von Fachfirmen zur technischen Einrichtung der neuen Zentrale im Stadthaus Ostgebäude steht kurz bevor. Parallel hierzu werden auch die dazu gehörigen technischen Systeme wie beispielsweise die Zentralenrechner des Verkehrsmanagements und die Anlagen zur Verkehrsbeobachtung auf den aktuellen Stand der Technik gebracht. Die Inbetriebnahme ist für 2020 geplant.

27. Erneuerung der Verkehrsinformationsstaffeln auf moderne LED-Anzeigetechnik

Im laufenden Jahr konnten 17 Anzeigetafeln erneuert werden. Die Inbetriebnahme erfolgte am 17. Oktober. Eine Förderung für weitere 10 Tafeln (Antragsabgabe am 25. Juli 2019) wurde am 25. Juli 2019 beim Bundesverkehrsministerium beantragt, um die Informationsmöglichkeiten über das System weiter auszubauen.

28. Weiterentwicklung E-Ladesäulen

Im September 2019 erfolgte die Unterzeichnung des Vertrags zur Errichtung und zum Betrieb einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im öffentlichen Straßenraum zwischen der Stadt Köln und der Stadtwerke Köln GmbH (SWK).

Mit den Vorbereitungen des Aufbaus der Ladeinfrastruktur (400 Ladepunkte) wurde begonnen. Die vorgesehenen Standorte sehen eine flächendeckende Versorgung des Stadtgebiets vor.

29. Sukzessive Umstellung der Busflotte auf batterieelektrische Antriebe

Der Weg zur weiteren Umstellung auf E-Mobilität wurde von der KVB mit einer zur Zeit laufenden Ausschreibung von insgesamt 53 E-Bussen forciert. 2021 sollen diese auf die Straßen gehen und damit die derzeit neun bereits fahrenden Elektrobusse ergänzen. Ein einzelner Elektrobus spart jährlich im Gegensatz zu einem üblichen Dieselbus 0,46 Tonnen Stickoxide und 57,20 Tonnen CO2 ein.

30. Einbau von Filtertechnologie in Dieselbusse

2019 konnte die Umrüstung von 77 KVB-eigenen, sowie 32 Bussen des Tochterunternehmens Schilling GmbH auf sogenannte SRT-Filter durchgeführt werden. Der Einbau der Stickoxid(NOx)-Katalysatoren reduziert den NOx-Ausstoß der Dieselbusse um mindestens 85 Prozent.

31. Ausbau Carsharing

Die Verwaltung erarbeitet derzeit ein neues Carsharing-Konzept. Ziel ist die Ausweitung von Carsharing-Angeboten auch in den Außenbereichen der Stadt, die bislang aus kommerziellen Gründen von den Anbietern wenig oder nicht besetzt sind.

Klimaschutzprogramme forcieren

32. Klimaschutz-Maßnahmen-Umsetzungsprogramm „Köln Klima Aktiv 2022“

Die Stadt hat gemeinsam mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH und der Gertec GmbH das Klimaschutzmaßnahmenprogramm „KölnKlimaAktiv 2022“ erstellt, um den Klimaschutz in Köln voranzubringen.

„KölnKlimaAktiv 2022“ ist ein kurzfristiger Umsetzungsfahrplan für den Klimaschutz, der 19 Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern beinhaltet. Die Stadt will zum einen mit eigenen Maßnahmen und einer Verstärkung der Angebote für Unternehmen, Bürger, Vereine und Verbände sowie weiteren Akteuren mit positivem Beispiel vorangehen (zum Beispiel durch eigene Energieeinsparung und Förderprogramme). Und zum anderen die Zivilgesellschaft zum Mitmachen bewegen

(z.B. durch Zusammenarbeiten mit Akteuren und Maßnahmen der Bewusstseinsbildung).

Ziel des Beschlusses von „KölnKlimaAktiv 2022“ (14. Februar 2019) ist es, eine verbindliche Verpflichtung für den Klimaschutz einzugehen, die mittels der Maßnahmenumsetzung die Erreichung der Kölner Klimaschutzziele befördert.

Folgende Maßnahmen befinden sich unter anderen in der Umsetzung:
Optimierung des Internetauftritts im Rahmen des Verwaltungsreformprojekts „Public Service Design“, Lobbyarbeit für den Klimaschutz, strategische Energieplanung, Leitlinien für Klimaschutz bei Konversion und Neubau, Fortführung des Förderprogramms „Altbausanierungsprogramm und Energieeffizienz“, Ausbau der Photovoltaik auf privaten Dachflächen: Kampagne zur Information und Motivation der Bevölkerung (September Stadtinformationsanlagen), Erarbeitung einer Suffizienz-Strategie, Projektgruppe zur nachhaltige Mobilität in der Stadtverwaltung eingerichtet, Kommunikation- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Klimaschutz verstärkt: zum Beispiel Gratis-Eis für junge Klimaschützer und Kölner „Klimaradeln“. Aktuelles Beispiel: Unterzeichnung Memorandum of Understanding im September.

33. Städtische Maßnahmen zur eigenen Energieeinsparung

Seit 2010 wird von der städtischen Gebäudewirtschaft bei Neubauten die Passivhausbauweise angewendet, auch Generalsanierungen werden ganzheitlich und mit ambitionierten Anforderungen an Energieeffizienz ausgeführt. An städtischen Gebäuden kommen in der Regel Photovoltaikanlagen als Energielieferanten zum Einsatz. Ein hoher Anteil, teilweise bis zu 90 Prozent des produzierten Stroms aus diesen Anlagen fließt in den Eigenbedarf der Schulen. Aktuell sind 54 Photovoltaikanlagen in Betrieb. Der damit erzeugte Strom würde ausreichen, um etwa 600 Haushalte dauerhaft mit Strom zu versorgen. 40 Prozent unseres Stroms, den wir beziehen, stammt aus regenerativen Energien, 60 Prozent aus dem modernen Erdgas-Dampfturbinenkraftwerk der Rheinenergie. Die Stadt forciert zudem seit Jahren die Begrünung unserer Gebäude, wo immer dies möglich ist. Derzeit gibt es an 22 städtischen Gebäuden ganz oder teilweise Dachbegrünungen.

34. Förderung und Angebote im Bereich Klima für Unternehmen, Bürger und Vereine/Verbände ausbauen

Das bereits gestartete Förderprogramm zur Altbausanierung und das Förderprogramm „Grün hoch 3“ wurden in 2019 fortgesetzt.

Bislang liegen 95 Anträge mit einem Volumen von ca. 215.000 Euro vor, positiv beschieden wurden bislang Anträge mit einem Volumen von 193.213,61 Euro.

Beispiel Projekt Grün hoch 3:

Da die Auswirkungen des Klimawandels mittlerweile in der gesamten Stadt zu spüren sind, ist die Öffnung für Antragsteller aus dem gesamten Stadtgebiet geplant. Die Anpassung der Richtlinie des Förderprogramms wird derzeit vorbereitet. Zudem sollen Vorgärten in die Richtlinie aufgenommen und durch einen zusätzlichen Zuschuss auch Maßnahmen zur Erhöhung der Biodiversität gefördert werden.

Wir arbeiten für eine vielfältige und soziale Stadt

Lebendige Quartiere mit sozialem Anspruch

35. Neue Wohnraumbedarfsberechnung auf Grundlage der neuen Bevölkerungsprognose

Zur Zeit läuft die Erstellung eines Gutachtens, welches Antworten auf die Fragen zum Wohnungsbedarf, zum Wohnraumbedarf und zur möglichen Wohnungsnachfrage bis zum Jahr 2040 liefern soll. Die Ergebnisse werden für das I. Quartal 2020 erwartet.

36. Integrierte Planung für die Parkstadt Süd / Beginn der Bauleitplanung für den Inneren Grüngürtel

Die „Integrierte Planung Parkstadt Süd“ hat der Stadtentwicklungsausschuss im Februar 2019 beschlossen. Sie dient nun als Grundlage für den weiteren Planungsprozess. Voraussichtlich im I. Quartal 2020 wird damit ein Architekturbüro beauftragt. Parallel zum externen Planungsprozess für die Parkstadt Süd geht auch die städtische Bauleitplanung für den Inneren Grüngürtel weiter. Vor einigen Wochen wurde vor Ort auf dem Gelände des Großmarkts das Stadtteilbüro „Parkstadt Süd“ eingerichtet.

37. Weiterentwicklung der Grundlage für Planungsrecht Deutzer Hafen

Die ersten Verfahrensschritte zum Bebauungsplanverfahren Deutzer Hafen sind bereits erfolgt. Dabei fährt die Verwaltung zweigleisig: Zunächst wird für den öffentlichen Raum, unter anderem also für Verkehrs-, Grün- und Wasserflächen und Flächen für den Gemeinbedarf (Schulen) ein „Teilbebauungsplan Infrastruktur“ erarbeitet. Für die einzelnen Baufelder gibt es dann eigenständige Konzept- und Qualifizierungsverfahren. Hier läuft derzeit die planerische Vorbereitung.

38. Weiterentwicklung Mülheimer Süden

Um die Grundlage für eine Qualifizierung der einzelnen Baufelder zu schaffen, werden die städtebaulichen Konzepte laufend weiter konkretisiert. Für das so genannte „Deutz-Areal“, als einem wesentlichen Baustein der Entwicklung von Wohn-, Gewerbe- und Grünflächen sowie der Verkehrsinfrastruktur im Mülheimer Süden, konnte in diesem Jahr mit der abgeschlossenen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ein entscheidender Meilenstein im Bebauungsplanverfahren erreicht werden.

39. Weiterentwicklung Projekt Rondorf Nord-West

Auch hier konnte das städtebauliche Planungskonzept in den vergangenen Monaten intensiv weiterentwickelt werden. Hierzu gehörten auch die für die Planentwicklung wichtige Vorbereitung und Beurteilung der verschiedenen Trassenvarianten für die Infrastruktur. Die Ergebnisse der Voruntersuchungen werden den entsprechenden Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

40. Wohnraumschutzsatzung

Die Stadt hat seit dem 1. Juli 2014 wieder ein Zweckentfremdungsverbot für den frei finanzierten Wohnraum. Am 1. Juli 2019 ist die neue Wohnraumschutzsatzung in Kraft getreten.

Die Vermietung von Wohnungen als Ferienwohnungen ist in bestimmten Kölner Veedeln wie zum Beispiel in der Innenstadt, in Deutz oder in Kalk zu einem großen Problem geworden.

Damit die Wohnungsaufsicht künftig noch umfassender und effektiver kontrollieren und Verstöße ahnden kann, hat sie 2019 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten. Zudem arbeitet die Wohnungsaufsicht nun in noch engerer Kooperation mit dem Steueramt, dem Ordnungsamt und dem Bauaufsichtsamt zusammen.

Die Öffentlichkeit wurde durch eine groß angelegte Informationskampagne (Flyer, Broschüren, Plakate, Informationsveranstaltungen) für das Thema sensibilisiert.

Die Stadt hat sich angeschaut, ob die Bußgelder, die bei maximal 50.000 Euro liegen, zeitgemäß sind und erhöht werden können. Laut Wohnungsaufsichtsgesetz

NRW ist aber eine Bußgeldbewehrung über den aktuell gültigen 50.000 Euro-Rahmen in Köln nicht möglich.

Der Rat hat die Verwaltung darüber hinaus beauftragt, in die Wohnraumschutzsatzung für die Anbieter von Ferienwohnungen und Wohnungen zur Fremdenbeherbergung eine Anzeige- und Registrierungspflicht einzuführen und die Landesregierung und den NRW-Landtag bei der Überarbeitung des Wohnungsaufsichtsgesetzes zu unterstützen und sich insbesondere für eine deutliche Erhöhung des Bußgeldtatbestandes für Wohnraumzweckentfremdungen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit sowie Regelungen zu einer kontrollierbaren und durchsetzbaren Anzeige- und Registrierungspflicht einzusetzen.

Dazu steht die Wohnungsaufsicht in Kontakt mit dem zuständigen Ministerium. Die Einführung einer Registrierungspflicht nach dem Modell Hamburgs wird seitens der Stadt Köln befürwortet. Es muss jedoch geprüft werden, ob dies datenschutzrechtlich zulässig ist.

Insgesamt werden von der Wohnungsaufsicht derzeit 615 offene Verfahren wegen Zweckentfremdung von Wohnraum zu 1.297 Wohneinheiten geführt.

Seit dem 1. Januar 2019 wurden 84 Bußgeldverfahren eingeleitet. In diesen Fällen sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen, da zum Beispiel noch Stellungnahmen der Verfügungsberechtigten ausstehen. Festgesetzt wurden seit dem 1. Januar 2019 26 Bußgelder in Höhe von insgesamt 370.000 Euro.

Das höchste bisher von der Wohnungsaufsicht gegen einen Wohnungseigentümer verhängte Bußgeld belief sich auf 200.000 Euro, die sich aus jeweils 25.000 Euro für acht Wohnungen zusammensetzten.

41. Schaffung von Wohnraum (für eine perspektivisch dauerhaft angemessene Wohnraumversorgung für breite Schichten der Bevölkerung)

Gemeinsam mit Ina Scharrenbach, der Bauministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, hat die Stadt im Oktober 2018 eine Zielvereinbarung zur Umsetzung eines Globalbudgets für die Wohnraumförderung im Rahmen des mehrjährigen Wohnraumförderungs-Programms 2018 bis 2022 unterzeichnet.

In der Zielvereinbarung garantiert das Land der Stadt Köln in den Programmjahren 2019 bis 2022 ein jährliches Budget in Höhe von 95 Millionen Euro, insgesamt 380 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren für die Wohnraumförderung. Damit ist das bisherige Budget um jährlich 20 Millionen Euro erhöht worden.

2019 waren es bislang 108.100.000 Euro Wohnraumfördermittel für 527 Wohnungen, die nach Köln gegangen sind. Wenn das Budget ausgeschöpft sein sollte, wird die Stadt beim Land zusätzliche Fördermittel anfordern.

42. Amt für Integration und Vielfalt

Im Dezember 2018 gegründet, hat das Amt für Integration und Vielfalt, direkt im Dezernat OB angesiedelt, in 2019 seine Arbeit aufgenommen. Insgesamt arbeiten nun 84 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Amt. Das jährliche Budget beträgt rund 5,6 Millionen Euro. 2019 konnten bereits verschiedene Kampagnen (u.a. „Unsere Vielfalt, Kölns Stärke“) und Aktionen (u.a. am Diversity Tag und mit den Kölner Haien) umgesetzt werden.

Gesundheitszentrum des Westens

43. Prüfung eines möglichen Verbundes aus Uniklinik und Kliniken der Stadt Köln

Um auch langfristig die Gesundheitsversorgung der Kölnerinnen und Kölner in einer wachsenden Stadt sicherzustellen, wird derzeit ein Klinikverbund zwischen

den Kliniken der Stadt Köln und der Uniklinik diskutiert. Der Prüfungsprozess ist in vollem Gange.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 20. März 2018 die Verwaltung damit beauftragt, auf der Grundlage der Interessensbekundung der Uniklinik Köln und unter Beteiligung externer Berater auf der Basis einer Due Diligence in Gespräche über einen Klinikverbund mit der Uniklinik Köln einzutreten. In der Ratssitzung vom 26. September 2019 wurden dem Rat die Ergebnisse der Prüfung vorgestellt.

Am 7. November 2019 soll der Rat gemäß Beschlussvorschlag die Verwaltung damit beauftragen, auf der Basis des vorgelegten Modells die für eine Entscheidung des Landes Nordrhein-Westfalen erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen in Abstimmung mit dem Land und der Uniklinik Köln zu erarbeiten. Dem Rat der Stadt Köln soll eine weiterentwickelte detaillierte Grundlage zur abschließenden Entscheidung über das „Ob“ einer Umsetzung des Modells vorgelegt werden.

Wir arbeiten für eine moderne Verwaltung und den Innovationsstandort

Verwaltungsreform

44. Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Pilotphase Öffentlichkeitsbeteiligung befindet sich – wie geplant – zeitlich in der Mitte und wird vor der Sitzungspause im Sommer 2020 in eine Ratsvorlage zum weiteren Vorgehen münden.

Bislang wurden 8 Beteiligungsprojekte als Bestandteil der Pilotphase aus dem Verantwortungsbereich des Ausschusses für Umwelt und Grün und der Bezirksvertretung Nippes und andere Einzelprojekte gestartet, z.B.

Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025, Straßenumbauten in Nippes, Fußverkehrskonzept Severinsviertel

Bilanz:

Die entwickelten Verfahren zur Anregung, Entscheidung und Planung von Öffentlichkeitsbeteiligung sind gut umsetzbar und finden breite Akzeptanz, auch innerhalb der Verwaltung.

Eine abschließende Bewertung ist erst zum Sommer 2020 möglich, wenn noch mehr Pilotverfahren fortgeschritten und abgeschlossen sind – aber die Verwaltung überlegt, die Öffentlichkeitsbeteiligung nach den entwickelten und dann im Grund positiv getesteten Leitlinien auf weitere Gremien auszuweiten – z.B. auf den Verkehrsbereich oder die Stadtentwicklung sowie auf eine weitere Bezirksvertretung.

45. Elektronische Bauakte

Der Pilotbetrieb der elektronischen Bauakte und des digitalen internen Beteiligungsverfahrens ist Ende April 2019 gestartet. Insgesamt nehmen rund 20 Dienststellen am Pilotbetrieb teil. Sechs externe Pilotprojektpartner (GAG, Gebäudewirtschaft, Hafen- und Güterverkehr, moderne stadt, koelnmesse, Uniklinik) reichen seit August 2019 zu ausgewählten Projekten ihre Bauanträge Online ein. Bislang sind 13 Anträge vollständig digital eingegangen und werden ausschließlich papierlos und gleichzeitig auch schneller geprüft.

Der Pilotbetrieb verläuft sehr gut und liefert wichtige Erkenntnisse, unter anderem, dass es perspektivisch eine komplette Umstellung auf digitale Bauakte geben soll. Eingereichte Papierunterlagen sollen dann beim Posteingang zentral eingescannt werden.

Der Pilotbetrieb zeigt ebenfalls auf, dass wir mit der eBauakte erst gemeinsam mit der neuen Baugenehmigungs-Software in den regulären Betrieb überführen können. Das EU-weite Ausschreibungsverfahren für die neue Baugenehmigungs-Software ist demnächst abgeschlossen.

46. Geoinformationen zu jedem Kölner Grundstück

Bis Ende des Jahres werden mindestens 80 Geobasis- und Geofachdaten an „Grundstücksinformationen Online“ angebunden sein. So können Informationen über z.B. Planungs- und Baurecht, baurechtliche Ortssatzungen, öffentliche Infrastrukturelemente (ÖPNV, Kitas, Schulen), relevante Umweltdaten aber auch Bodenrichtwerte direkt verfügbar gemacht werden. „Grundstücksinformationen Online“ steht jetzt schon technisch voll funktionsfähig online bereit, ist aber noch nicht für den öffentlichen Zugang unter www.stadt-koeln.de freigeschaltet. Das soll noch in diesem Jahr erfolgen.

Digitalisierung

47. Entwicklung eines Gigabit Masterplans zur Schaffung eines leistungsstärkeren Netzes

Der Gigabit Masterplan Cologne 2025 wurde am 9. Juli 2019 vom Rat beschlossen. Er zielt auf flächendeckende Verfügbarkeit gigabitfähiger Netze bis 2025 ab. Der Gigabit Masterplan beinhaltet auch die Inanspruchnahme von Fördermitteln. Ein erster Antrag wurde bereits gestellt, um das aktuelle Förderziel (keine Adresse unter 30 MBit/s versorgt) zu erreichen. Davon werden konkret mehr als 3.800 Anschlüsse profitieren, also 1.300 mehr als ursprünglich geplant, sowie 7 nicht-städtische Schulen und ein Krankenhaus. Die Förderung hierfür beträgt insgesamt maximal 45 Millionen Euro, wovon die Stadt 10 Prozent - 4,5 Mio. EUR - selbst trägt. Mit einem vorläufigen Zuwendungsbescheid ist noch in 2019 zu rechnen, dies entspricht der Planung.

Parallel wurde 2019 daran gearbeitet, dass die letzten 60.000 Anschlüsse mit gigabitfähigen Leitungen versorgt werden. Das BMVI signalisiert aktuell die Priorisierung ländlicher Gebiete. Daher hat sich die Oberbürgermeisterin am 18. September 2019 bei der Bundeskanzlerin sowie dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur dafür eingesetzt, die Förderung diskriminierungsfrei für städtische wie auch ländliche Gebiete zu ermöglichen.

Flächendeckender 5G-Ausbau erfordert flächendeckende Glasfaseranbindung von immer mehr (aber immer kleineren) Antennenstandorten. Rund ein Drittel des Tiefbaues kann durch Synergien mit dem Gigabitausbau eingespart werden – insbesondere in städtischen Randlagen, die ohne Förderung nicht ausgebaut würden. Auch diese Synergien in Höhe mehrerer Millionen Euro berücksichtigt der Gigabit Masterplan.

48. Ausbau freier WLAN-Antennen (Ende 19 sollen 1000 WLAN Antennen in Betrieb sein)

Der WLAN-Ausbau ging 2019 zügig voran. Bis Ende des Jahres wird es in Köln 1015 Antennen von hotspot.koeln, dem kostenfrei nutzbaren, öffentlichen WLAN-Netz der Stadt Köln geben. Möglich durch einen Zuwachs von 140 neuen Antennen. Die neuen Antennen sind zu großen Teilen in den Stadtbezirken angesiedelt. Bestandteil des aktuellen Ausbauprogramms ist, dass in den Stadtbezirken 02 – 09 jeweils 10 neue Antennen realisiert werden. Im Stadtbezirk Rodenkirchen sind diese 10 Stück bereits erreicht. In den anderen Stadtbezirken fehlen jeweils nur noch wenige Antennen.

In der Innenstadt muss eine besonders innovative Lösung gefunden werden: Die hochfre-quentierten Straßen Hohe Straße und Schildergasse lassen die übliche Installation der Antennen an den Laternen nicht zu. Bisher ist gerade dort kein WLAN verfügbar. Aktuell wird gemeinsam mit NetCologne, RheinEnergie und AWB an einer Lösung gearbeitet, um die Technik der Antennen in den Mülleimern und die Sendeeinheit an den Laternen anzu-bringen.

Die WLAN-Ausstattung der Messe-City ist beauftragt und in Umsetzung. WLAN am Fühlinger See ist noch nicht gebaut. Sie erfolgt 2020, dann mit finanzieller Förderung durch das Breitbandförderprogramm.

Fortschritte macht der WLAN-Ausbau auch in den unterirdischen Haltestellen der KVB. Bereits erschlossen sind Dom/Hbf., Rudolfplatz und Friesenplatz. Nun sind die Haltestellen Neumarkt, Wiener Platz und Venloer Str./Gürtel in Prüfung mit dem Ziel der Umsetzung in 2020.

Attraktive Arbeitgeberin

49. Neues Bewerbercenter

Vom im Jahr 2019 eingeführten Leistungsservice des neuen Bewerbercenters der Stadtverwaltung Köln profitieren immer mehr städtische Dienststellen und externe Bewerberinnen und Bewerber. Insgesamt werden bis Ende des Jahres sechs Dienststellen den kompletten Service bereits nutzen und im kommenden Jahr werden bis zu 27 weitere dazukommen. Eine umfangreiche Qualitätsoffensive mit zahlreichen Maßnahmen zur Personalgewinnung führt dazu, dass das Stellenbesetzungsverfahren professioneller und schneller geworden ist. Unterstützt wird dies durch eine Bewerbersoftware, die parallel zur Anbindung weiterer Dienststellen ab Ende 2019 in Betrieb genommen wird, um den Prozess weiter zu verbessern. Mit der Einführung der Software werden auch Onlinebewerbungen zu einem Standard.

Über die Social Media-Kanäle der Stadt Köln werden bereits jetzt die unterschiedlichen Zielgruppen für Stellenangebote gezielt angesprochen. Anfang 2020 wird es dann eine neue Karriereseite als zentrale Anlaufstelle im Web geben.

Die städtischen Messeauftritte sowie Kooperationen mit Dritten werden verstärkt genutzt, um noch mehr qualifiziertes Personal auf die Stadt Köln als attraktive Arbeitgeberin aufmerksam zu machen. Im Dezember werden Musterräume im neuen Standort des Bewerbercenters präsentiert.

50. Verbesserung beim Stellenbesetzungsverfahren

Im internen Besetzungsverfahren setzt die Stadt Köln die Erfahrungen der Pilotprojekte (u.a. Jugendamt) zum neuen Stellenbesetzungsverfahren um und überträgt diese auf nahezu alle Dienststellen der Verwaltung. Das neue Verfahren führt durch schnellere verwaltungsinterne Prozesse zu einer Stellenbesetzung innerhalb von 60 Tagen. Bis Ende des Jahres 2019 erfolgt planmäßig die Auswertung der Evaluation und die Abstimmung der optimierten Prozesse.

Überdies werden zur Deckung der Personalbedarfe u.a. Traineeprogramme und weitere

Qualifizierungsmöglichkeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erweitert (z. B. durch modulare Qualifizierung im technischen Bereich sowie nochmals im Verwaltungsbereich).

51. Entwicklung einer Arbeitgebermarke (mit entsprechender Kampagne)

Die Entwicklung einer Arbeitgebermarke ist – vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, der demographischen Entwicklung sowie hoher Konkurrenz auf der Arbeitgeberseite – Teil einer strategischen Neuausrichtung der Stadt Köln auf dem Arbeitsmarkt.

In diesem Zusammenhang wird das gesamtstädtische Personalmarketing ausgebaut und professionalisiert. Konkret war die Stadtverwaltung 2019 auf so vielen lokalen und regionalen Personalrecruiting-Messen vertreten wie nie zuvor – ihre An-

zahl konnte im Verhältnis zu 2017 mehr als verdoppelt werden (von 5 auf 13) und im Auftritt qualitativ verbessert werden. In 2019 liefern bzw. laufen darüber hinaus mehrere spezifische Stadtinformations-/Werbekampagnen, die sich explizit an Kandidatinnen und Kandidaten aus den bekannten Mangelberufen richten (z.B. an Ingenieurinnen/Ingenieure, Architektinnen/Architekten und IT-Fachkräfte). Die Erarbeitung und anschließende Installation vielfältiger Instrumente im Kontext der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – als eines der Themen der Zeit – wird außerdem aktiv forciert. Die familien- und lebensphasenbewusste Personalpolitik der Stadt Köln wird momentan systematisiert und nachhaltig ausgebaut. Zentraler Treiber ist hierbei das mehrstufige und deutschlandweit bekannte audit „berufundfamilie“, das die Stadt Köln mit dem Ziel der Zertifizierung als familienbewusste Arbeitgeberin durchläuft. Dieser Prozess ist 2019 gestartet.

52. Bürgerbeteiligung

Die Pilotphase Öffentlichkeitsbeteiligung befindet sich – wie geplant – zeitlich in der Mitte. Bislang wurden 8 Beteiligungsprojekte als Bestandteil der Pilotphase aus dem Verantwortungsbereich des Ausschusses für Umwelt und Grün und der Bezirksvertretung Nippes und andere Einzelprojekte gestartet, z.B. Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025, Straßenumbauten in Nippes oder Fußverkehrskonzept Severinsviertel. Die bisher entwickelten Verfahren finden breite Akzeptanz.

Wir arbeiten für Lebensqualität und Kultur in unserer Stadt

Aufenthaltsqualität erhöhen

53. Bis zu 25 neue oder umgestaltete Spielplätze, darunter Highlights wie der schon jetzt äußerst beliebte Wasserspielplatz im Inneren Grüngürtel oder der Bolzplatz Agrippina-Ufer in Neustadt-Süd

In 2019 konnten bisher elf Spielplätze nach den heutigen Anforderungen an Spiel, Spaß und Sport umgestaltet und ergänzt werden, sechs Plätze wurden komplett neu gestaltet und zwei neue Spielplätze wurden von privaten Investoren gebaut. Außerdem hat es an vorhandenen Standorten mehr als 70 Ersatzbeschaffungen von Spiel- und Sportgeräten gegeben. Highlights waren bisher die Neuanlage des Bolzplatzes am Agrippina-Ufer, die erste öffentliche Parkouranlage in Köln-Buchheim und die Installation einer Wasserskulptur auf dem Wasserspielplatz im Inneren Grüngürtel. Der abschließende Ausbau dort ist für das nächste Jahr geplant. Und auch für das nächste Jahr geplante komplett Neuanlage der Spielplätze am Rathenauplatz ist erwähnenswert, ebenso wie die neue Skate-Anlage, die am Merheimer Heideweg entstehen wird.

54. Verkehrsführungskonzept Altstadt: Verkehrsberuhigung der Straße Unter Goldschmied, mehr Platz für Fahrräder, Erweiterung Fußgängerzone Heumarkt

Die Arbeiten zur Realisierung der sofort umzusetzenden Maßnahmen aus dem Verkehrskonzept Altstadt werden noch in diesem Jahr aufgenommen.

Die Vorbereitungen für die Umsetzung der Maßnahmen bzgl. Parken in den Straßen Unter Goldschmied, Sporergasse, Kleine Budengasse, Laurenzgittergäßchen, Bürgerstraße und Steinweg sind abgeschlossen. Vorgesehen ist die Reduzierung von bewirtschafteten Kurzzeitstellplätzen im öffentlichen Straßenraum, die teilweise in ausschließlich für Bewohnerinnen und Bewohner reservierte Stellplätze umgewandelt werden.

Lediglich in den Straßen Kleine Budengasse und Bürgergasse entfallen öffentliche Stellplätze bzw. Bewohnerstellplätze ersatzlos.

Die Ausführung soll in 2019 erfolgen, so dass die gesetzten Ziele, durch die Realisierung der sofort umzusetzenden Maßnahmen noch in diesem Jahr erreicht werden können.

55. Erhöhung Aufenthaltsqualität Rheinufer – Bereich zwischen Deutzer Brücke und Malakotturm

Der Geh- und Radweg entlang der Rheinuferstraße (Am Leystapel) soll auf mindestens 5 Meter verbreitert werden. Zur Umsetzung des Beschlusses muss die Fahrbahn in Richtung des begrünten Mittelstreifens verlegt werden. Die notwendigen Abstimmungen mit den Fachämtern laufen zurzeit.

Zurzeit wird die Ausführungsplanung der Geländeerneuerung erstellt. Durch die Verzögerungen verschiebt sich der Baubeginn auf das 2. Halbjahr 2020.

56. Installation von Trinkbrunnen in allen neun Stadtbezirken

Der Beschluss zur Einrichtung von insgesamt zwölf neuen öffentlichen Trinkstationen in allen Stadtteilen durch die RheinEnergie ist im Februar 2019 erfolgt. Die Rheinenergie hat eine Firma beauftragt, die die Installation aller Anlagen sukzessive vornimmt. Die erste Trinkstation aus der Reihe „12 Trinkstationen für Köln“ wurde im September 2019 am Eigelstein vorgestellt. Aktuell werden Stationen in Chorweiler und Porz installiert. Die weiteren neun Standorte folgen in den nächsten Monaten. Mit Eröffnung der Brunnensaison im April 2020 soll in allen zwölf Stadtbezirken mindestens eine Trinkstation angeboten werden.

57. Lastenradförderung

Insgesamt wurden 958 Anträge zur Förderung von Lastenfahrrädern eingereicht. Mit diesen wurden genau 1.000 Lastenräder bzw. Gespanne (Lastenrad + Anhänger) beantragt.

Die Anträge verteilen sich auf folgende Zielgruppen:

47,5 Prozent private Gemeinschaften von drei bis fünf Haushalten, 47,5 Prozent beruflich-gewerbliche Nutzung und 5 Prozent Vereine und gemeinnützige Organisationen.

Die Anträge zur beruflich-gewerblichen Nutzung kamen überwiegend aus den Branchen Gesundheit, Medien, Handwerk, Handel, Medien, Beratungsdienstleistungen und aus den Bereichen Lebensmittelhandel und Gastronomie sowie von Kindertageseinrichtungen. Insgesamt wurden 1,9 Mio. EUR dafür veranschlagt (bundesweit einmalig). Zum 15. Oktober 2019 wurden 850.000 Euro an die Antragstellenden ausbezahlt.

Sicherheit erhöhen

58. Gründung eines behördenübergreifenden „Kriminalpräventiven Rates“

Der Ratsbeschluss für den Aufbau eines Kriminalpräventiven Rates wurde am 14. Februar 2019 gefasst. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Oberbürgermeisterin und dem Polizei-präsidenten wurde am 13. Mai 2019 unterschrieben, am gleichen Tag war die erste Sitzung des Kriminalpräventiven Rates.

Im ersten halben Jahr wurden bereits zahlreiche Aktivitäten und Projekte initiiert bzw. umgesetzt. 140 Kölner Netzwerke zum Thema Sicherheit wurden ermittelt. Das Expertenforum Senioren arbeitet derzeit an passenden Maßnahmen für Betroffene sowie deren Angehörige. Mit der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der TH Köln wird eine Bürgerbefragung zum Thema Kriminalprävention und Sicherheit vorbereitet.

Der Kriminalpräventive Rat organisierte im Oktober 2019 einen Fachaustausch mit der Stadt Rotterdam zum Thema Sicherheit. Weitere Kampagnen in Planung: mehr Sicherheit bei Fußballspielen und für mehr Schutz durch Fahrrad- oder E-Scooter-Helme.

Für die etwa 19.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln entwickelt das Zentrum für Kriminalprävention und Sicherheit ein digitales Erfassungs- und Dokumentations-system, das auch schnelle Hilfe und ein einheitliches Vorgehen bei Übergriffen und Gewaltausübung sichern soll.

59. Weiterentwicklung des städtischen Ordnungsdienstes mit dem „Zielbild 2020“ (mit 34 Einzelmaßnahmen und Laufzeit bis Ende 2020)

Im Rahmen der Verwaltungsreform #wirfürdiestadt stellt das Projekt „Zielbild 2020“ einen zentralen Bestandteil dar und beschäftigt sich mit den Maßnahmen zur Stärkung des städtischen Ordnungsdienstes. Unter anderem wurden im Rahmen der Neuorganisation die Bezirksordnungsdienste aufgelöst und die Aufgaben neu verteilt. Hierbei ist insbesondere der Austausch zwischen dem zentralen Ordnungsdienst und den Bezirken von größter Bedeutung, um bezirklicher Besonderheiten oder konkreten Beschwerdelagen gerecht zu werden. 2019 wurde die neue Struktur im Alltag erprobt. Diese bezirkliche Struktur führte zu einer wesentlich effektiveren Aufgabenwahrnehmung in den Stadtbezirken und zu einer besseren Kooperation mit anderen Behörden und Institutionen. Dadurch können die jeweiligen bezirklichen Belange 2019 nachhaltiger als zuvor bedient werden.

Der Ordnungsdienst unterhält außerdem mit der Landespolizei intensive Ordnungspartnerschaften, die auch durch andere Fachbereiche ergänzt wird. Diese Ordnungspartnerschaften haben sich auch 2019 bewährt und führten mit verschiedenen Schwerpunktaktionen zu einer deutlichen Steigerung des Sicherheitsempfindens.

60. Personalgewinnung/Besetzung der freien Stellen im Ordnungsdienst

In diesem Jahr wurde eine neue Image-Kampagne für den Ordnungsdienst initiiert, die unter dem Motto „Ein Herz für Köln“ die positiven Effekte der täglichen Arbeit der Einsatzkräfte des Ordnungsdienstes für die Menschen in Köln besonders hervorhebt. Für diese authentische Kampagne wurden keine Models eingesetzt, sondern Mitarbeiter des Ordnungsdienstes rekrutiert. Erst im nächsten Schritt wurde in einer zweiten Plakatkampagne mit „Join the Team“ um neue Mitarbeitende geworben.

Weitere Maßnahmen zur Erhöhung des Personalbestandes waren unter anderem vermehrt Messeauftritte bei Bewerbermessen mit adäquaten Materialien wie Informationstheke, Zelt und Flyern, flankierende Posts zur Kampagne auf den Social Media-Kanälen der Stadt und Stellenanzeigen auf Onlineplattformen mit der Beauftragung von Online-Agenturen zur professionellen Platzierung.

61. Schaffung eines neuen Ausbildungsberufes „Verwaltungsfachangestellter öffentlicher Ordnung“

Der neue Ausbildungsgang für 2020 ist neu und attraktiv ausgeschrieben und wirbt zudem vermehrt über entsprechende Onlineportale (eigener Internetauftritt, AUBI-Plus, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), um den Ausbildungsgang bekannter zu machen und die richtige Zielgruppe (gute Konfliktlösgerinnen und Konfliktlösger) zu akquirieren.

Kulturmarke Köln stärken

62. Projekt Raummanagement (für Kultur)

Der Kultur Raum zu geben, wird in einer wachsenden Metropole zunehmend schwierig. Die Kulturentwicklungsplanung sieht ein zentrales Raummanagement vor. Städtische und private Räume, die für Kultur nutzbar sind, sollen in einer Da-

tenbank zusammenfasst, Zwischenutzungen vermittelt und neue Räume für Kunst und Kultur identifiziert werden.

Aktuell lässt das Dezernat Kunst und Kultur ein Vorkonzept erstellen, das die Schlüsselstellen bei der Realisierung des Raummanagements benennt, näher erläutert und die Ergebnisse der im Planungsreferat des Kulturdezernates erarbeiteten Erkenntnisse mit aufnimmt. Auf Grundlage dieses Vorkonzeptes wird in einem zweiten Schritt eine Agentur oder Beratungsgesellschaft einen umfassenden Planungs- und Realisierungsvorschlag zum Raummanagement verfassen. Das Vergabeverfahren wird derzeit vorbereitet.

63. Neuschaffung und Verleihung eines Preises für Pop-Musik

Erstmals in diesem Jahr hat die Stadt Köln den Holger Czukay Preis für Popmusik vergeben. Er wird künftig jedes Jahr vergeben und ist mit 15.000 Euro dotiert. Daneben gibt es einen undotierten Ehrenpreis.

In diesem Jahr wurde Kompakt-Gründer und Musiker Wolfgang Voigt für seine Verdienste um die Popmusik in Köln ausgewählt. Den Ehrenpreis für sein lebenslanges künstlerisches Wirken erhielt der Komponist und das frühere CAN-Mitglied Irmin Schmidt. Die feierliche Übergabe beider Preise fand am 31. Oktober 2019 im Gebäude 9 statt.

Die Vergabe des Preises 2020 ist für den Herbst nächsten Jahres geplant.

Mit dem Holger Czukay Preis für Popmusik will die Stadt Köln Künstlerinnen und Künstler ehren, die in ihrem Wirken Spuren in Köln hinterlassen haben oder aktuelle Entwicklungen beeinflussen und mitprägen. Der Preis ist in seiner Namensgebung sowohl Bekenntnis zur bedeutenden Pop-Tradition Kölns als auch Wertschätzung und Stärkung dieser Sparte mit Blick auf die Zukunft.

64. Erarbeitung eines Konzeptes für Kulturmarketing

Der einzigartige Kulturstandort Köln soll noch bekannter werden – in Köln, aber auch außerhalb von Köln. Die Stadt Köln hat mit Hilfe einer renommierten Agentur ein Kampagnenkonzept entwickelt, das am 18. November vorgestellt wird.

Zu den im Kulturentwicklungsplan festgeschriebenen Zielen zählen neben dem Kulturmarketing auch Strategien, mit denen die Kultur zu den Bürgerinnen und Bürgern gebracht wird. Ein Beispiel hierfür ist die Idee eines mobilen Museums, zu dem von Mai bis September die erste Pilotphase lief. In Höhenberg-Vingst organisierte der Museumsdienst Kurse und Workshops für Menschen, die bislang selten oder nie den Weg ins Museum finden. In rund zehn Veranstaltungen erfuhren Kinder und Senioren, Kölsche sowie Migrantinnen und Migranten vieles rund um das Thema Wohnen und konnten sich selbst einbringen. Nach diesem Probelauf startet das Projekt Ende November offiziell.

Sportstadt erleben

65. Vorstellung der Leitziele aus der Sportentwicklungsplanung und fünf Modellprojekte, die zügig umgesetzt werden

Das Gutachten zur Sportentwicklungsplanung in Köln wurde dem Rat im April 2019 vorgelegt. Die fünf erarbeiteten Modellprojekte konnten alle im laufenden Jahr realisiert werden, davon „Sport im Park“ und „Sportkiosk am Ebertplatz“ gemeinsam mit dem Stadtsportbund. Außerdem wurden auch die Angebote der Modellprojekte „Sundaach Aktiv“, „Kölle Aktiv“ und „fit.koeln“ umgesetzt. Darüber hinaus gab es aber eine Reihe weiterer Projekte, die sich an den entwickelten Leitbilden orientieren.

66. Fortsetzung des Kunstrasenprogramms mit 13 Plätzen in Planung oder im Bau. Dazu stellen aktuell auch fünf Kölner Sportvereine in Eigeninitiative mit städtischen Zuschüssen ihre Plätze auf Kunstrasen um. Insgesamt befinden sich derzeit sogar 23 Kunstrasenplätze aus den Prioritätenlisten 2013 bis 2017 sowie 2018 bis 2020 beim Sportamt und Kölner Vereinen in der konkreten Planung, im Genehmigungsverfahren oder bereits in der Umsetzung. Aktuell begonnen wurde mit dem Bau von Kunstrasenplätzen auf den Sportplätzen Egonstraße in Stammheim und Wuppertaler Straße in Buchheim. Die höhere Zahl ergibt sich einerseits durch realisierbare „Nachrücker“ aus den Prioritätenlisten und zugesetztem Personal im Sportamt sowie andererseits durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Förderungen.

Haushalt

67. Qualitative Verbesserung der Finanzprozesse sowie der Steuerungs- und Controllinginstrumente (inkl. Verbesserung im Rechnungswesen)
- Ein in den vergangenen Jahren kontinuierlicher und insgesamt großer Fortschritt wurde bei der Beschleunigung der Jahresabschlüsse erzielt. Während der Haushaltsplan auf Prognosen und Planungen beruht, wird mit dem Jahresabschluss über den tatsächlichen Verlauf des Haushaltsjahres Rechnung abgelegt. Dass diese sog. IST-Zahlen zeitnah nach dem Abschluss des betreffenden Haushaltsjahres vorliegen, ist deshalb für eine verbesserte Transparenz und Steuerung und auch für die Planung der künftigen Haushaltjahre von großer Bedeutung (höhere Planungssicherheit). So wurde der Jahresabschluss 2018 dem Rat schon Anfang Juli dieses Jahres vorgelegt. Zum Vergleich: Noch vor wenigen Jahren lagen Jahresabschlussdaten teilweise erst zwei Haushaltjahre später dem Rat vor. Diese Schritte zur zeitlichen Verbesserung sind eng verknüpft mit dem parallel laufenden Projekt zur nachhaltigen Verbesserung der Qualität im Rechnungswesen. Dieses wurde im zurückliegenden Jahr weiter vorangetrieben, sodass es Anfang kommenden Jahres in die Umsetzungsphase eintreten kann. Im ersten Halbjahr 2019 wurde deshalb eine flächendeckende IST-Aufnahme in allen Finanzbereichen der Kernverwaltung durchgeführt. Außerdem wurde eine neue stadtweite Bestellplattform eingeführt, in der die Erfordernisse des Rechnungswesens durch die konsequente Einbindung des Finanzbereiches bereits frühzeitig berücksichtigt werden. Die zweite Komponente dafür ist die Einführung einer SAP-integrierten Rechnungsbearbeitung, die stadtweit eingeführt wird.

68. Voranbringung des Konsolidierungsprozesses in der Stadt für ausgeglichenen Haushalt ab den Jahren 2022/2023

Obwohl sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen perspektivisch etwas eintrüben und die sehr günstigen Steuerertragsprognosen daher im Haushaltsaufstellungsverfahren leicht nach unten korrigiert werden mussten, wird der angestrebte Haushaltshaushalt ausgleich im jetzt eingebrachten Haushaltplanentwurf 2020/2021 bereits im Haushaltsjahr 2022 – und damit ein Jahr früher als ursprünglich prognostiziert – erreicht.

Um die hiermit angestrebte Sanierung des Haushalts umzusetzen und somit den Vermögensverzehr zu reduzieren bzw. langfristig zu beenden, ist eine strenge Haushaltsdisziplin weiterhin unerlässlich. Um die Handlungsfähigkeit der Stadt auch für kommende Generationen sicherzustellen, ist es deshalb u.a. von großer Bedeutung, unterjährig auftretende Verbesserungen nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben, sondern zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Sanierung des städtischen Vermögens zu verwenden.

Die durch den Doppelhaushalt gewonnenen Kapazitäten sollen verwaltungsintern dazu genutzt werden, frühzeitig und noch intensiver in die strukturelle Aufgabenanalyse und -kritik einzusteigen.

69. Vorlage des Doppelhaushalts für die Jahre 2020 und 2021 (Einbringung am 28. August 2019 und Verabschiedung am 7. November)

Der Doppelhaushalt für die Jahre 2020 und 2021 wurde dem Rat wie geplant in seiner Sitzung am 28. August 2019 vorgelegt. Die Verabschiedung des Doppelhaushaltes durch den Rat ist für die Sitzung des Gremiums am 7. November 2019 angesetzt. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass – die zeitnahe Genehmigung durch die Bezirksregierung vorausgesetzt – ab dem 1. Januar 2020 ein wirksamer Haushalt vorliegt.

Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 wird außerdem frühzeitig Transparenz und Planungssicherheit ab dem 1. Januar 2021 geschaffen. Ohne ihn bestünde die Gefahr, dass der Haushalt für das Jahr 2021 aufgrund der Kommunalwahl im Herbst 2020 und der damit verbundenen Neubildung des Stadtrates nicht mehr rechtzeitig beschlossen werden könnte.